

Religionsfreiheit statt Minarettverbot

Komitee betont Integration

(sda) · Ein absolutes Minarettverbot sei diskriminierend und unnötig: Dieser Ansicht sind die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS), die Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft Schweiz (Iras-Cotis), die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und das Zürcher Lehrhaus.

Der frühere Bundesgerichtspräsident Giusep Nay, Präsident der GMS, sagte vor den Medien in Bern, seit 160 Jahren bestehe in der Schweiz Religionsfriede, und dieser stelle eine grosse Stärke des Landes dar. Indem die Minarettverbots-Initiative Muslimen verbieten wolle, eines ihrer selber bestimmten religiösen Zeichen zu verwenden, fordere sie eine Ausgrenzung muslimischer Einwohner. Die Initiative gefährde damit den Rechtsstaat und den inneren Zusammenhalt der Schweiz. Ein absolutes Minarettverbot sei nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar.

«Die Initiative steht der Integration der Muslime in der Schweiz diametral entgegen», sagte die Islamwissenschaftlerin Rifa'at Lenzin vom Zürcher Lehrhaus Judentum - Christentum - Islam. Als muslimische Frau wehre sie sich gegen die Instrumentalisierung der Frauen. Themen wie das Tragen des Kopftuchs und die Integration von Migrantinnen und Migranten müssten diskutiert werden, seien aber in keiner Weise Gegenstand der Initiative. Fundamentalismus lasse sich nicht mit Fundamentalismus bekämpfen, sagte Hanspeter Ernst vom Zürcher Lehrhaus.

Dem Aufruf für Freiheit und Gleichheit auf der GMS-Homepage sind bisher über 2700 Personen und Organisationen gefolgt. Frank Bodin, «Werber des Jahres» 2009, hat kostenlos das Plakat der Gegner entworfen.